

Medienmitteilung vom 12. Januar 2013

Parolen der EDU-Delegierten für den 3. März 2013

Ja zur Initiative gegen die Abzockerei

Nein zur Familienpolitik und zum Raumplanungsgesetz

Unterstützung der "Gold-Initiative" und des Referendums gegen Änderung Arbeitsgesetz

Unter der Leitung ihres Präsidenten Hans Moser fassten die rund 60 Delegierten der EDU Schweiz am 12. Januar 2013 im Congress-Hotel in Olten ihre Parolen für die Volksabstimmung vom 3. März 2013: Ja zur Abzockerinitiative, Nein zum Bundesbeschluss zur Familienpolitik und Nein zum Raumplanungsgesetz. Fast Einstimmig wurde die Unterstützung der "Gold-Initiative" und das Referendum gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes (ArG) beschlossen.

Nach einem Grusswort des EDU-Präsidenten Hans Moser debattierten die Delegierten über die drei Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2013:

Volksinitiative vom 26. Februar 2008 "gegen die Abzockerei": Ja

Ständerat Thomas Minder (SH) ging in seinem Pro-Referat vor allem auf die Unterschiede der Initiative zum Gegenvorschlag ein. Es sei zwingend nötig, die Vergütungssumme von GL/Verwaltungsrat durch die Generalversammlung bestätigen zu lassen und alle möglichen Hintertüren seien zu schliessen. Auch die Jahreswahl des Verwaltungsrates und die bindenden Abstimmungen durch die GV würden mit der Initiative geregelt, was zudem die Rechte der Aktionäre stärke. Mit dem indirekten Gegenvorschlag könne weiterhin abgezockt werden. Nicht die Initiative, sondern die Abzockerei schädige den Standort Schweiz.

Kontra-Referat a. NR Markus Wäfler (EDU, ZH) unterstrich den positiven Aspekt dieser Initiative, wies aber auf die Problematik der GV-Stimmrechtsregelung hin. Die Kontinuität einer Firma werde z.B. in Frage gestellt durch die jährlichen Wiederwahlen von GL und VR. Viele Vorschläge der Initiative würden im Gegenvorschlag übernommen sowie griffigere Regeln für die Rückerstattung von ungerechtfertigten Abgangsentschädigungen aufgestellt. Er empfahl die Initiative abzulehnen und den parl. Gegenvorschlag, der besser sei als das geltende Recht, anzunehmen, damit dieser auf Gesetzesstufe in Kraft treten könne. Die DV der EDU Schweiz hat grossmehrheitlich die Ja-Parole beschlossen.

Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik: Nein

Pro-Referat a. NR Norbert Hochreutener (CVP): Wir brauchen mehr junge Leute in der Wirtschaft. Hier gelte es die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit die Geburtenzahlen steigen. Sonst müssen die gut ausgebildeten Leute aus dem Ausland geholt werden. Die bisherige kantonale Kompetenz werde nicht angetastet. Nur wenn nichts gemacht würde, könne der Staat eingreifen. Die finanzielle Situation von Familien mit Kindern werde mittels diesen Rahmenbedingen verbessert.

Contra-Referat a. NR Christian Waber (EDU, BE): Diese Vorlage sei unnötig, sie fördere die Verstaatlichung der Kindererziehung. Eine Kinderbetreuung durch Krippen sei ein Notfall und soll nicht zum Normalfall werden. Mit diesem Bundesbeschluss werden die nichterwerbstätigen Mütter diskriminiert, die ihre Verantwortung wahrnehmen. Gefördert werden lediglich die Interessen der Wirtschaft und der Erwerbstätigen, und nicht das Wohl der Familien. Die Delegierten beschlossen die Nein-Parole (Ja: 0, Nein: 56, Enthaltungen: 2).

EDU Schweiz

Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz): Nein

NR Beat Jans, ecos, Geschäftsführer NATUR (pro): Es sei genug, dass die Landschaft kaputt gemacht werde. Dieses Gesetz komme zu spät. 22 Prozent der besiedelbaren Fläche sei bereits überbaut. Es gäbe viel zu grosse Bauzonen, als für die nächsten Jahre benötigt würden. Wegen Hortung von Bauland entstünden Fleckenteppiche. Das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG) bringe eine schonendere Planung und vermeide Verschwendung, was wiederum Landwirtschaftsland erhalte und Energie, Ressourcen und Kosten einspare.

Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) sprach sich gegen die Vorlage aus. Das rev. RPG gehe viel zu weit, sogar weiter, als die ursprüngliche Landschaftsinitiative. Der SGV habe aus 3 Gründen das Referendum ergriffen:

- Nein zu Horror-Mieten auf engstem Raum: Die RPG-Revision wolle eine künstliche Bauland-Verknappung. Einzonungen nur für den Bedarf der nächsten 15 Jahre, sowie einer Rückzonungspflicht für Kantone. Diese führe unweigerlich zu höheren Mietpreisen und akutem Wohnungsmangel.
 - Raumplanungsbefehl aus Bern: Die RPG-Revision wolle die Raumplanung zentralisieren, Raumplanungsentscheide würden in Bern gefällt, Gemeinden und Kantone würden bevormundet.
 - Neue Steuern, Abgaben und Bürokratie: Die RPG-Revision bringe neue Zwangsabgabe (Mehrwertabgabe für Planungsmehrwerte (20%)), und führe zu unnötiger Bürokratie.
- Die Delegierten entschieden sich mit 6 Ja, 34 Nein und 13 Enthaltungen für die Nein-Parole.

Volksinitiative "Rettet unser Schweizer Gold"

Nationalrat Luzi Stamm (SVP, AG) berichtete, wie es zu dieser Initiative kam. Was will sie: Keine weiteren Goldverkäufe, die Goldreserven sind in der Schweiz zu lagern, der Goldanteil an Nationalbank-Aktiven muss mindestens 20 Prozent betragen!

Die Delegierten beschlossen fast einstimmig (mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung) die Unterstützung der "Gold-Initiative". Der Unterschriftenbogen wird der Februarausgabe der parteieigenen Zeitung "EDU-Standpunkt" beigelegt.

Referendum gegen die Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG)

Ablauf der Referendumsfrist ist der 7. April 2013. Die DV der EDU Schweiz unterstützt das Referendum mit 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung. Das weitere Vorgehen obliegt der GL der EDU Schweiz.

Für Rückfragen wenden Sie sich an:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37
Alt Nationalrat Christian Waber, 079 411 00 30
Alt Nationalrat Markus Wäfler, 079 331 58 79